

An die Sozialpartner

Wien, am 1. August 2014

Sehr geehrter Herr Präsident,

das erste umfassende Bildungsvolksbegehren Österreichs wurde als überparteiliche Initiative im November 2010 gestartet. Schon damals konnten wir als Initiatoren viel Zustimmung von den Sozialpartnern erhalten. Die Industriellenvereinigung hatte an der Initiative unmittelbaren Anteil; einzelne Arbeiterkammern, Wirtschaftskammern, Gewerkschaften wie auch private Unternehmungen haben das Volksbegehren von Anfang an direkt wie auch indirekt, zum Teil auch materiell, kräftig unterstützt. Dies war für das Bildungsvolksbegehren besonders wichtig, denn die Überparteilichkeit erlaubte es nicht, sich der Organisationsstruktur einer politischen Partei, einer gewerkschaftlichen oder religionsnahen oder anderer Institutionen zu bedienen.

Es gelang in diesen Jahren, in der Öffentlichkeit ein breites Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsreform aufzubauen, ein Durchbruch gelang allerdings nicht.

Doch die Zeit drängt. Ein Fünftel der neuen Legislaturperiode ist bereits abgelaufen.

Das besonders Paradoxe besteht darin, dass jeder, der sachlich nüchtern die Zeit bilanziert, die seit der „Bad Ischler Erklärung der Sozialpartner“ aus dem Jahr 2008, der Einleitung des Volksbegehrens 2010, den Bildungsprogrammen der Industriellenvereinigung und den Beratungen des Besonderen parlamentarischen Ausschusses vergangen ist, die Feststellung wird treffen müssen, dass über die Notwendigkeit einer zukunftsgerichteten Bildungsreform große Übereinstimmung herrscht.

Diese konnten wir auch in den letzten Wochen wieder positiv erfahren. So beim ersten „Unterstützungstreffen“ mit den zuständigen Regierungsmitgliedern, Frau Bundesminister Gabriele Heinisch-Hosek und Herrn Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner am 12.02.2014. Am 17.06. d.J. trafen Initiatoren des Volksbegehrens mit den Bildungssprechern aller Parlamentsfraktionen zu einem intensiven Gedankenaustausch im Haus der Industrie zusammen. Bilanz: Mindestens 90% Übereinstimmung bei den entscheidenden Fragen.

Aktualisiert hat sich allerdings an der gesamten Bildungssituation nichts Grundlegendes verändert:

1. Die gesellschaftlichen Gegebenheiten, bei denen mehr als 70% der Frauen berufstätig sind, ein Großteil teilzeitbeschäftigt und ein nicht geringer Teil alleinerziehende Mütter, machen es dringender denn je notwendig, dass endlich gesicherte **elementarpädagogische Ganztagsbetreuung im Vorschulalter und verschränkte Ganztagschulen, fokussiert in Schulzentren oder noch besser in Campus-Einrichtungen**, angeboten werden.
2. In 23 von 28 Mitgliedsländern Europas lernen Kinder bis zum 14. bzw. 16. Lebensjahr gemeinsam. Je länger aber gemeinsam gelernt wird, desto geringer sind die Auswirkungen der sozialen Hintergründe des Elternhauses auf die Schulleistungen. **Das ist für Österreich, wo Bildung vermutlich am stärksten „vererbt“ wird, von entscheidender Bedeutung. Da gehen uns jährlich tausende von hochtalentierten jungen Menschen verloren.** Die fehlen uns bereits am Arbeitsmarkt. Kein Wunder, dass zum Beispiel Südtirol, das seit 50 Jahren gemeinsame Schulen hat, nicht bereit ist, davon abzugehen. Zumal Untersuchungen gezeigt haben, dass dieses Land durch seine Struktur des gemeinsamen Lernens dem nördlichen Nachbarn in Sachen Bildung weit überlegen ist.  
Das ist ja auch der Grund, weshalb Nordtirol, Vorarlberg und Salzburg gleichfalls gemeinsame Schulen einführen wollen. So beifallswert solche Reformen sein mögen, ist es mehr als fragwürdig, dass in Zukunft jedes Bundesland für sich Schulreformen durchführen möchte. Solche grundlegenden Entscheidungen müssen österreichweit fallen.
3. Ein weiteres gravierendes Problem unserer Pflichtschulen ist ihre zunehmende Unfähigkeit, den Kindern und Jugendlichen **die entscheidenden Grundkenntnisse** zu vermitteln.

Bei aller Skepsis gegenüber internationalen Studien dürfen wir uns an ihren Realitäten nicht vorbeistehlen, schon gar nicht an den Ergebnissen diverser Pisa-Studien im Vergleich zu Deutschland. In den ersten Pisa-Studien hat Österreich ebenso wie Deutschland sehr schlecht abgeschnitten. Inzwischen liegt aber die fünfte Pisa-Studie vor. Während dieses Zeitraums hat sich Deutschland ins gehobene Mittelfeld hochgearbeitet, während sich unser Land noch weiter verschlechtert hat.

**Ein besonders schmerzhaftes Alarmsignal ist, dass jeder vierte 15- Jährige nicht sinnerfassend lesen kann.** Soeben sind bis zu 50% der Kandidaten für das Lehramtsstudium bei der Aufnahme in die Pädagogischen Hochschulen gescheitert, weil nicht einmal Maturanten die Rechtschreibung beherrschen. Dazu kommt, dass immer mehr Pflichtschulabgänger Nachhilfe in Deutsch und Rechnen brauchen, wenn sie eine Berufsschule besuchen wollen. 79.000 junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren haben überhaupt keinen Schulabschluss oder machen nicht weiter und sind daher ohne Job und ohne Ausbildung. **Das führt unweigerlich in die Arbeitslosigkeit, die uns vor**

**allem gemeinsam mit Nachschulungskursen und früher Sozialhilfe gewaltige Summen kostet. Es besteht daher ganz dringender Veränderungsbedarf.**

4. **Auf allen Bildungsstufen spielen die bessere Integration der Kinder von Migranten sowie auch sinnvolle Inklusion eine große Rolle.** Die Sinnhaftigkeit gesellschaftlich übergreifender Bildungspolitik unterstreicht auch der jüngst veröffentlichte Integrationsbericht. Dasselbe gilt für die soziale Herkunft der Kinder. In dieser Frage konnten wir uns sowohl auf internationale Erfahrungen und Empfehlungen wie auf die bekannte „Bad Ischler Erklärung“ der Sozialpartner von 2008 stützen: Letztere setzt sich, wie auch EU und OECD, entschieden gegen eine Trennung der Schülerinnen vor dem Ende der Pflichtschule ein.
5. Parallel zur Umsetzung dieser bildungs- wie gesellschaftspolitisch unbedingt notwendigen Forderungen müssen auch entsprechende Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden. **Das heißt, es ist die Entwicklung eines Schulausbauprogramms von nahezu gleichrangiger Dringlichkeit und angesichts der immer schwieriger werdenden Beschäftigungssituation auch arbeitsmarktpolitisch von entscheidender Bedeutung.** Ziel sollte sein, in einem ersten Schritt pro Bundesland zumindest ein solches Schulzentrum zu schaffen, in den großen Städten wie Wien, Graz und Linz zwei.
6. **Eine erfolgreiche Schule braucht engagierte, motivierte, sachkundige Lehrer.** Die gehören entsprechend ausgebildet, denen ist gebührende Wertschätzung entgegenzubringen, entsprechende gesellschaftliche Anerkennung, aber auch eine adäquate Bezahlung zuzusichern. Besonders dringend ist der Bedarf an Deutschlehrern für Immigranten, wobei das vor allem auch für Einwanderer aus dem EU-Raum gilt.
7. Schließlich **sind Österreichs Universitäten und Hochschulen massiv unterdotiert.** Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Budgetpfad setzt sich auch für die nächsten Jahre dieser unbefriedigende Zustand fort. Das heißt, wir werden das strategische Ziel der Bundesregierung, per 2020 im Spitzenfeld der Innovationsleader zu sein, verfehlen. Nicht nur das, die Forschungsquote wird gegenüber dem jetzigen Stand sogar noch sinken. **Das hat unweigerlich eine verringerte Innovationsdynamik, damit ein Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit und daher weniger Wachstum zur Folge.**
8. Die Realität dieses Alarmsignals kommt bereits deutlich in den steigenden Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck. Während seit Beginn der Krise Deutschland seine Arbeitslosenzahlen nahezu halbiert hat, sind sie bei uns deutlich gestiegen, ganz zu schweigen von der versteckten Arbeitslosigkeit, die etwa in den 650.000 Frührentenisten und Invaliditätsrenten zu finden ist. Diese Erfahrungen müssen leider auch seit geraumer Zeit die Sozialpartner machen. Wirtschaftskammern und Arbeiterkammern sind zunehmend mit den Zukunftssorgen ihrer Mitglieder konfrontiert. **Die besten Unternehmungen können ihre Wettbewerbsfähigkeit nur aufrechterhalten, wenn auch bestens ausgebildete, hochqualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Nur diese Kombination sichert Arbeitsplätze, sozialen Frieden und Zukunft.**

Es ist auch unerträglich, dass Eltern, so sie es sich überhaupt leisten können, jährlich mit rund 150 Millionen Euro an Nachhilfekosten belastet werden, dass Unternehmungen zunehmend Nachhilfekurse anbieten müssen, um zu helfen, künftige Mitarbeiter erst auf ein Ausbildungsniveau zur Berufsreife bringen zu können und dass aus Mangel an qualifiziertem Nachwuchs Standortfragen geprüft werden müssen.

Und daher dürfen wir gemeinsam nicht weiter zulassen, dass unser Bildungs- und Ausbildungsniveau hinter der internationalen Entwicklung hinterherhinkt.

**Es darf einfach nicht sein, dass weiterhin zukunftsorientierte und zukunftsnotwendige Maßnahmen, die noch dazu von großer gesellschaftlicher und politischer Übereinstimmung getragen werden, an den Interessen von Klientelpolitik scheitern.**

Wir haben besonders deutlich und schmerzvoll dieses Paradoxon bei der sehr respektvollen Behandlung des Bildungsvolksbegehrens im Parlament erlebt. Der Eindruck, es gebe bei der Wichtigkeit des Themas Bildung nur mehr eine politische Fraktion, zerbrach in der letzten Sitzung, als der Bildungssprecher einer der beiden Regierungsparteien sagen musste: „Aber beschließen können wir nichts, weil wir auf die realpolitischen Machtverhältnisse Rücksicht nehmen müssen.“

Genau diese Veränderung der „realen politischen Machtverhältnisse“ muss in dieser Legislaturperiode gelingen. **Es muss ein „Ruck“ durch das Land gehen, wir brauchen einen nationalen Schulterchluss, einen Big Bargain in einem Paket**, das heißt, eine Zusammenführung der wichtigen, auf dem Tisch liegenden Vorschläge und Forderungen des Bildungsvolksbegehrens von Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften.

Wenn eine derartige Bündelung aller zukunftsorientierten Kräfte des Landes nicht gelingen sollte, werden wir am Ende der laufenden Legislaturperiode weitere fünf Jahre an Zukunft verloren haben.

Das Bildungsvolksbegehren ruft daher zu einer konzertierten Aktion unter Einbindung der Sozialpartner auf. Ihre traditionell kluge und erfahrungsgemäß besonnene, trotzdem durchsetzungsstarke Politik ist für die Realisierung einer umfassenden Bildungsreform unverzichtbar.

Um konkrete Ergebnisse möglichst zügig zu erreichen, richten die Initiatoren des Volksbegehrens auch an die Regierungsspitze sowie an die Landeshauptleute die Einladung, das Zustandekommen eines nationalen Schulterchlusses aktiv mitzubetreiben.

Im Namen von Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens

(Niki Glattauer, Erwin Greiner, Raphaela Keller, Christa Koenne, Daniel Landau, Beppo Mauhart, Bernd Schilcher, Heidi Schrod, Christiane Spiel, Gundi Wentner)

mit besten Grüßen

Hannes Androsch